

**Seite:** 16  
**Ressort:** Wirtschaft  
**Seitentitel:** Wirtschaft  
**Ausgabe:** Hauptausgabe

**Mediengattung:** Tageszeitung  
**Nummer:** 169  
**Auflage:** 232.869 (gedruckt)<sup>1</sup> 222.356 (verkauft)<sup>1</sup>  
 234.701 (verbreitet)<sup>1</sup>  
**Reichweite:** 0,833 (in Mio.)<sup>2</sup>

<sup>1</sup> IWW 1/2020<sup>2</sup> AGMA ma 2019 Tageszeitungen

## Ökonomen gegen Tierwohlabgabe

Grundsätzlich ist eine große Mehrheit der Volkswirte aber für staatliche Eingriffe in das Fleischgewerbe, zeigt die regelmäßige Befragung von Ifo-Institut und F.A.Z.

niza. FRANKFURT. Staatliche Eingriffe in den Fleischmarkt finden nicht nur in der Politik vermehrt Zuspruch, nachdem die Missstände bei Tönnies bekanntgeworden sind. Auch eine Mehrheit von deutschen Volkswirten hält dies grundsätzlich und vor allem verstärkte Regulierungen zum Tierwohl für erforderlich. Für Letztere sind 85 Prozent der Teilnehmer des neuesten Ökonomenpanels. Das Panel ist eine regelmäßige Befragung von Ifo-Institut und F.A.Z. unter Wirtschaftswissenschaftlern an Hochschulen in Deutschland, an der sich diesmal 123 Professoren beteiligt haben.

Auch Regulierungen zum Arbeitnehmerschutz im Fleischgewerbe befürwortet mit 72 Prozent eine große Mehrheit; Mehrfachnennungen waren möglich. Für Regulierungen zum Klima- und Umweltschutz ist noch eine knappe Mehrheit von 52 Prozent. Keinen Handlungsbedarf sieht eine Minderheit von 6 Prozent. "Trotz der erschreckenden Zustände in der Fleischindustrie sollten wir zunächst prüfen, inwieweit die Missstände durch energische Durchsetzung der bestehenden gesetzlichen Regelungen bekämpft werden können, ehe wir in hektischen gesetzgeberischen Aktionismus verfallen", findet Michael Ahlheim von der Universität Hohenheim, der an der Befragung mitgewirkt hat. Für Gisela Färber von der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer dagegen ist es "allerhöchste Zeit, die letzte(n) Hochburgen von Schweine-KZs und Sklavenhaltung zu schleifen". Es sei "eine Schande, dass Produzenten hier gar keine Ehre im Leib haben, die gehört nun mal auch in einer

Marktwirtschaft dazu", so Färber.

Bei den konkreten Maßnahmen zur Verbesserung des Tierwohls gibt es indes nur für zwei Maßnahmen eine Mehrheit: Zu höheren Mindeststandards wie einer größeren Fläche pro Tier raten 81 Prozent der Teilnehmer. Mit 80 Prozent dicht dahinter stehen schärfere Kontrollen der bestehenden Regeln mitsamt höheren Strafen bei Verstößen. Übeltäter im Fall grober Verstöße öffentlich anzuprangern, halten dagegen nur 42 Prozent für richtig. Das ist dennoch deutlich mehr als bei der von Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) propagierten Tierwohlabgabe. Einen solchen Aufschlag auf den Fleischpreis erachten trotz Zweckbindung nur 19 Prozent für sinnvoll. Das gilt noch mehr für das ebenfalls von Klöckner erwogene Preisverbot: Gerade einmal 3 Prozent der Panelteilnehmer sind dafür.

Um die Arbeitsbedingungen zu verbessern, versprechen sich die Ökonomen von verstärkten staatlichen Kontrollen die größte Wirkung. 69 Prozent sind dafür. Es folgen die Regulierung von Subunternehmen (57 Prozent) und bessere medizinische Überwachung und Versorgung der Arbeitnehmer sowie höhere Mindeststandards beim betrieblichen Arbeitsschutz (je 52 Prozent). Auch höhere Mindeststandards bei der Unterbringung der Arbeitnehmer finden eine knappe Mehrheit von 51 Prozent, wohingegen es bei der Pflicht zu digitaler Zeiterfassung und einem Verbot von Werkverträgen nur eine Minderheit ist (30 und 25 Prozent).

Gespalten sind die Ökonomen in der Frage, ob die Arbeitsbedingungen auf

EU-Ebene einheitlich geregelt werden sollen: 36 Prozent sind dafür, 38 Prozent dagegen. Dennoch sehen viele Europa in der Pflicht: 59 Prozent sind dafür, die Subventionen für die Fleischindustrie durch EU-Geld zu senken. Zudem plädiert eine Mehrheit von 56 Prozent für die Einbindung der Fleischwirtschaft in den europäischen CO2-Zertifikatehandel; bislang wird der Ausstoß von Treibhausgasen in der Landwirtschaft nationalstaatlich reguliert. 50 Prozent können sich auch eine CO2-Steuer auf Fleischprodukte vorstellen, deren Höhe internationale Transportwege berücksichtigt.

In den Kommentaren drängen viele Teilnehmer auf rasche Veränderungen. "Die Konsumenten sollen über die dunkle Seite informiert werden. Wir brauchen dringend Whistleblower Protection", fordert der Ifo-Forscher Panu Poutvaara. "Durch Corona wird noch klarer, wo schon immer vieles im Argen lag", sagt Nora Szech vom Karlsruher Institut für Technologie. "Wer jetzt überrascht ist, war lange erstaunlich uninformiert", ergänzt Dirk Engelmann von der Humboldt-Universität zu Berlin. Jürgen von Hagen von der Universität Bonn rät allerdings zu Besonnenheit in der Fleischdebatte. Sie werde "hauptsächlich von Personen geführt, die komfortable Einkommen haben", sagt von Hagen. "Eine Erhöhung der Fleischpreise durch zusätzliche Abgaben und Regulierungen wäre eine unangemessene und unzumutbare Härte für Hartz-IV-Familien."

**Abbildung:** Für glückliche Schweine: Ökonomen raten zu mehr Platz.  
**Abbildung:** Foto Lando Hass  
**Wörter:** 601